

Umstrittene Stadtplanung

Dr. Günter nimmt Stellung zum Brief des Presseamts

Auf den Leserbrief des Leiters des städtischen Presseamtes, Paul Zurnieden, in der gestrigen Ausgabe, in dem die **R**-Berichterstattung über die Stadtplanung kritisiert wird, schreibt Dr. Roland Günter, Sprecher des Stadtentwicklungsforums:

Die Tatsache, daß die Rundschau über die Arbeiten des Stadtentwicklungsforums laufend und normal berichtet — wie es sich eigentlich für jede Zeitung in einem freien Land gehört — reißt den Sprecher der Bonner Stadtverwaltung dazu hin, von einem „amtlichen Verkündigungsblatt des Stadtentwicklungsforums“ und von „Hofberichterstattung“ für „polemische“ Kritiker zu sprechen. Er wünscht, daß nicht mehr über jede Gruppe berichtet wird. Man kann das nur fassungslos als Fossil vordemokratischen Denkens bestaunen.

Jedermann weiß, wie sehr der Bürger gegenüber Institutionen mit hochdotierten Apparaten im Nachteil ist. Desto notwendiger und selbstverständlicher ist es, daß die Presse dem Bürger Chancengleichheit gegenüber der Verwaltung einräumt. Die Rundschau hat diese Aufgabe sicherlich begriffen. Wenn der städtische Pressesprecher das Lob des Stadtentwicklungsforums, die Rundschau gebe ein Beispiel für die „Pressefreiheit“ der Rundschau nun ausdrücklich zur Last legt, weiß sich sicher jeder Rundschau-Leser einen Reim aus einem solchen Vorwurf zu machen.

Die Gegenseite würde nicht gehört, beschwert sich die Stadt. Das aber ist einfach nicht wahr. Die Rundschau hat ihr in großzügiger Weise ihre Spalten geöffnet — der Abdruck des fast halbseitigen Leserbriefes der Verwaltung ist nur ein Beispiel dafür. Die Rundschau kann allerdings nichts für das Bild, das in der Öffentlichkeit entsteht, wenn die Stadt die sattsam bekannte „Maulwurfshaltung der Bürokraten“ einnimmt und auf die Kritik an ihren Planungen nur selten reagiert.

Angesichts der Haltlosigkeit des städtischen Vorwurfs muß man jedoch argwöhnen, daß die Presse einen Maulkorb erhalten soll. Übrigens versuchte ein leitender Verwaltungsbeamter der Stadt bereits dreimal, einen Sprecher des Stadtentwicklungsforums über seinen Arbeitgeber zum Schweigen zu bringen.

Welche Vorstellungen die Verwaltung von der Information der Bürger hat, zeigen folgende Tatsachen: acht Wochen hat und drängte das Stadtentwicklungsforum die Verwaltung, den Bredero-Vertragsentwurf zur Bahnüberbauung zu zeigen. Erst drei Stunden vor der entscheidenden Ausschusssitzung und nur auf massive Intervention der Presse gab sie diesem selbstverständliche Anliegen statt. Die Paragraphen und die wichtige Titelformulierung bekam — außerordentlich ungewöhnlich — noch nicht einmal der Ausschuß zu sehen.

Man könnte ein Buch darüber schreiben, wie die Verwaltung ihren Bürgern wichtigste Informationen vorenthält — es sei nur an die Gleichlage erinnert. Die Verwaltung informiert die Bürger in der Regel erst, wenn die Tatsachen geschaffen sind — das kann ständig nachgewiesen werden. Darf so eine Demokra-

tie aussehen? Welches Gesicht hätte eine Zeitung, die das mitmachte?

Welche Vorstellungen hat die Verwaltung von der Genauigkeit der Information, die sie beschwört? Es sei nur daran erinnert, daß sie unlängst Bürgern und Rat den Bären aufgebunden hat, einzig Bredero habe Erfahrung in Bahnüberbauungen, daher komme nur diese Firma für Bonn in Frage. Dank sorgfältigster Nachforschungen gelang es nachzuweisen, daß nichts davon stimmt. Melbourne, Sidney und Utrecht, die als Beispiele angeführt wurden, erwiesen sich schlicht als Windeier. Bredero hat nie etwas mit Bahnüberbauungen zu tun gehabt.

Wie man mit Bürgern umspringt, zeigte Baudezernent Schlitt: Er versprach dem Forum, sich im Ausschuß dafür einzusetzen, daß weitere Firmen mit Alternativlösungen zur Bahnüberbauung beauftragt würden und Bürger mitbeteiligt würden. Im Ausschuß sagte er jedoch „kein Sterbenswörtchen“ davon. Und der Presse erzählte er es wieder in etwas anderer Version: Sein Amt werde Alternativen ausarbeiten. Wenige Sätze später verriet er jedoch, daß sein Amt nicht einmal zu Teilleistungen des Bredero-Auftrages „Kapazität“ habe.

Der Leser mag selbst urteilen, wer es mit der Genauigkeit und Wahrheitsliebe noch ernst nimmt.

Es sei nur noch auf einige methodische und sachliche Unschärfen der städtischen Stellungnahme hingewiesen.

1. Es ist einfach unfair, wenn sie unter Hinweis auf die Ethik des journalistischen Berufsstandes und des Verlages der Rundschau vorwirft, sie habe das Verhältnis zwischen Stadt und Universität falsch dargestellt. (Der **R**-Mitarbeiter gab übrigens nur die Ansicht des AstA wieder.) Entscheidend ist, daß seit längerer Zeit Universität und Stadt ihr Verhältnis verschieden deuten — das kommt, vor allem im politischen Leben, außerordentlich oft vor. Wenn die Stadt nun objektive Berichterstattung verlangt, wünscht sie doch nur, daß ihr eigener Standpunkt als der einzig gerechtfertigte anerkannt wird. Und sinngemäß möchte sie das natürlich auch im Hinblick auf die Berichterstattung über andere Kontrahenten.

2. Wenn sich der Oberstadtdirektor gegen eine stadtfremde Campus-Universität in Endenich wandte, dann dürfte er logischerweise auch keine Limpericher Grundstücke am Stadtrand für Studentenheime anbieten. Denn das ist eben auch ein Stück antiurbaner Universität — die Studenten dürfen sich doch dagegen wehren. Auf diesen Widerspruch haben die Studenten aufmerksam gemacht, und die Rundschau brachte es als Meldung — nicht einzusehen, warum sie das unterlassen sollte.

3. Daß Bonn eine „Steinwüste“ würde, befürchten Tausende von Bürgern, wenn ihnen eine Autobahn in Gleichlage von 110 m Breite beschert wird. Es ist doch einfach absurd, zum Ausgleich dafür auf „Straßencafés, Bänke und Ruhensischen“ sowie die Verkehrsfreiheit in der Sternstraße hinzuweisen.

Das sind Feigenblätter. Wenn die Verwaltung sie angesichts der katastrophalen und rückständigen Gleichlage-Entscheidung

auch noch als „urbanes Erlebnis“ bezeichnet, können Bonner Bürger das wohl nur als Zynismus empfinden.

4. Entweder ist der Pressesprecher der Verwaltung völlig uninformiert oder er täuscht die Öffentlichkeit bewußt über die Bonner Südstadt: Die Verwaltung ist nicht nur mit der Autobahn-Gleichlage und der Hofgartenspanne (mit all deren bösen Folgen) dabei, diesen wichtigen Stadtteil außerordentlich zu gefährden, sie hat auch auf die Vorschläge des Stadtentwicklungsforums nicht im geringsten mit Taten reagiert und schließlich sogar die Planungsgespräche mit engagierten Bürgern brüsk abgebrochen.

Was die Stadt von der Rundschau verlangt, forderte sie und Ratsmitglied Reiner Schreiber bereits vom Stadtentwicklungsforum: Veröffentlichungen sollten vorher mit ihr „besprochen“ werden.

Wie man dort über Presse und Öffentlichkeit denkt, verriet unlängst Reiner Schreiber: das Forum solle erst nach Absprache mit der Stadt in die Öffentlichkeit gehen. Wir halten es jedoch für demokratisch, Diskussionen vor Augen und mit der Beteiligung der Bürger auszutragen (und dazu dient die Presse), statt weiter hinter verschlossenen Türen zu „mauscheln“. Wir lernen nämlich allmählich, daß dieses Land demokratisch und nicht oligarchisch ist.

Eben jenes Redaktionsstatut, das der städtische Pressesprecher beschwört, hat die Rundschau ernst genommen. Wir sind sicher, daß sie es auch in Zukunft tun wird. Der Verwaltung wäre im Interesse der Bürger zu raten, nicht den Mitteilungsträger, d. h. die Presse, anzugreifen und die Verbreitungsmöglichkeiten von Informationen zuzuschütten, sondern die Bürger selbst besser zu informieren und sich der sachlichen Diskussion zu stellen.

Egon Winkens
Dr. Roland Günter

Ändern wird sich nichts

Zum Leserbrief „Ein Wolfsburger in Bonn“:

„Ein Bravo der Wolfsburgerin, die den Mut hatte, die Bonner Straßenzustände anzuprangern. Mir und vielen anderen Bonnern hat sie aus der Seele gesprochen. Aber die Bonner resignieren, und auch die Presse stimmt gleich ein Wehgeschrei an, wenn es mal in größerer Anzahl Knöllchen regnet. Hinsichtlich der Sauberkeit wäre schon viel geholfen, wenn die Hausbesitzer — dazu gehört auch die Stadt Bonn — besser angehalten würden, den Bürgersteig sauber zu halten. Ändern wird sich wohl nichts.“

Rudolf Günther, Bonn, Quantiusstraße 11.

Hinweis!

Leserbriefe haben oft einen Umfang, der einen vollen Abdruck nicht gestattet. Die Redaktion ist jedoch bemüht, bei Kürzungen den wesentlichen Inhalt der Briefe nicht anzutasten.